

Protokoll

5. Sitzung des Österreichischen Freiwilligenrats (ÖFR)

unter Vorsitz von HBM Johannes Rauch

am Do, **2.3.2023, 12.30 Uhr bis 14.20 Uhr**

BMSGPK, Stubenring 1, 1010 Wien, Saal II

Tagesordnung

1. Begrüßung und einleitende Worte des Herrn Bundesminister
2. Annahme der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Erhebung Freiwilligenengagement
5. Präsentation des Entwurfs der Freiwilligenstrategie
6. Bericht Anerkennungsfonds Freiwilligenengagement
7. Allfälliges

TOP 1 Begrüßung und einleitende Worte des Herrn Bundesminister

Bundesminister Johannes Rauch begrüßt die Mitglieder des Gremiums zur fünften Sitzung des Österreichischen Freiwilligenrats. Nachdem die vergangene Sitzung vor einem Jahr noch online stattfinden musste, freut er sich, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nun von Angesicht zu Angesicht begegnen zu dürfen. Es ist ihm ein großes Anliegen, den Vertreterinnen und Vertretern der Freiwilligenorganisationen ein Wort des Dankes zu sagen. Alle hätten in den vergangenen drei Jahren während der Pandemie unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen und dabei einen wichtigen Beitrag geleistet, dass wir alle gut durch die Krise gekommen sind, so der Vorsitzende. Gerade der Freiwilligensektor habe aufgrund der Pandemie mit besonderen Einschränkungen zu kämpfen gehabt. Er bittet die Mitglieder, den Dank auch in den Organisationen weiterzugeben.

Der Vorsitzende freut sich über die starke Beteiligung an der Sitzung. Seit der vergangenen Sitzung sei viel passiert. Rauch gibt einen Überblick über Aktivitäten des Ressorts:

Im Herbst 2021 hat das Ressort bei der Statistik Austria eine neue Erhebung zum Freiwilligenengagement in Österreich in Auftrag gegeben. Die Erhebung wurde im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt. Letztmalig wurde eine solche Erhebung 2016 umgesetzt. Die Ergebnisse über die aktuelle Lage der Freiwilligkeit in Österreich werden anschließend dem Gremium präsentiert. Ohne diesem Tagesordnungspunkt vorgreifen zu wollen, betont der Vorsitzende, dass die Ergebnisse sehr positiv ausgefallen sind. Das Niveau der Freiwilligentätigkeit in Österreich ist nach wie vor hoch.

Die Ergebnisse werden in der Folge auch Eingang in das Satellitenkonto finden, mit dem die Statistik Austria im Dezember 2021 beauftragt wurde. Mit dem Satellitenkonto wird es erstmalig in Österreich fundierte Informationen zu Beschäftigungszahlen, zur Freiwilligenarbeit, zu Spenden, Umsätzen und Wertschöpfung des NPO-Sektors geben. Fertiggestellt sein soll das Satellitenkonto Ende 2024, berichtet der Vorsitzende.

Auf gesetzlicher Ebene wird derzeit das Freiwilligengesetz novelliert. Ein erster Novellentwurf werde aktuell mit dem Regierungspartner diskutiert. Er basiert auf den Erkenntnissen der unterschiedlichen Teilevaluierungen, den einzelnen

Vorschlägen der Stakeholder sowie auf der Umsetzung des Regierungsprogramms. Wesentliche Punkte sind die Schaffung zeitgemäßer und nachhaltiger struktureller Rahmenbedingungen mit finanzieller Absicherung. Dazu zählt etwa der Auf- und Ausbau einer Service- und Kompetenzstelle für freiwilliges Engagement in Österreich mit dem Ziel der besseren österreichweiten Vernetzung und Servicierung des Freiwilligensektors. Eine weitere Maßnahme ist der Aus- und Aufbau von Freiwilligenzentren, wobei es Zielsetzung ist, ein Freiwilligenzentrum pro Bundesland einzurichten. Außerdem ist die Aufwertung des Freiwilligen Sozialjahres (FSJ) durch die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen und insbesondere die bessere soziale Absicherung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geplant. Durch eine finanzielle Förderung der Trägerorganisationen sollen die Jugendlichen ein ordentliches Taschengeld in Höhe von 450.- bis 500.- Euro erhalten. Das Engagement in diesem Bereich könne man nicht hoch genug einschätzen. Rauch verweist in diesem Zusammenhang auf den immanenten Mangel an Gesundheits- und Sozialberufen, wo alle Interessierten willkommen seien. Außerdem sollen alle, die am FSJ teilnehmen, ein Klimaticket Österreich erhalten.

Man wolle auch den Gedenk-, Friedens- und Sozialdienst im Ausland stärken. Derzeit befinden sich 257 junge Menschen in einem Auslandsfreiwilligendienst. Geplant ist hier die gesetzliche Verankerung einer erhöhten Förderung auf 2,5 Mio Euro statt bisher 1,2 Mio Euro. Dies sei notwendig, um der Zunahme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, aber auch den Kostensteigerungen zu entsprechen. Die in Covid-Zeiten eingeführten und bewährten Regelungen - nämlich im Krisenfall den Auslandsdienst auch im Inland abschließen zu können -, sollen in den Regelbetrieb übernommen werden.

In der Novelle sollen auch ein Staatspreis für Freiwilligenengagement und Verwaltungsvereinfachungen verankert werden. Notwendig sind auch Klarstellungen im Hinblick auf versicherungsrechtliche Fragen.

Der Vorsitzende berichtet weiters, dass im Jahr 2022 das FSJ wieder stark in Anspruch genommen worden ist. 2021 gab es rund 1.400 Teilnehmer:innen. 2022 waren es 1.494. In den letzten Jahren wurde das Programm des FSJ stark vergrößert. Das Freiwillige Sozialjahr hat sich als professionelles Angebot etabliert

und ist zu einem zentralen Teil der österreichischen Strategie zur Förderung des freiwilligen Engagements in Österreich geworden. Daher sei es gerechtfertigt, dass im Zuge der Novelle des Freiwilligengesetzes auch die Einführung des Klimatickets für Teilnehmer:innen des Freiwilligen Sozialjahres und des Freiwilligen Umweltschutzjahres kommen soll.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass neben den genannten Maßnahmen noch zahlreiche weitere Aktivitäten durchgeführt wurden, die er aber aus zeitlichen Gründen nicht aufzählen kann. Beispielfhaft verweist er auf Tagungen, Webinare, Seminare und Foren in Kooperation mit unterschiedlichen Freiwilligenorganisationen, die Förderung von Projekten von Vereinen etwa in der Aus- und Fortbildung oder die Unterstützung von Freiwilligenmessen, wie beispielsweise die Messen im Oktober 2022 im Rathaus in Wien oder im November 2022 in St. Pölten.

Zur Anerkennung des Freiwilligenengagements wird am 4. Dezember 2023 anlässlich des Internationalen Tages der Freiwilligen erstmals ein Staatspreis für Freiwilliges Engagement vergeben. Die Vorbereitungsarbeiten dazu sind bereits angelaufen.

Der Vorsitzende schließt seinen Rückblick mit nochmaligem Dank für die Arbeit in den vergangenen schwierigen Jahren. Er gibt das Wort an stv. Sektionsleiterin Ulrike Neufang.

TOP 2 Annahme der Tagesordnung

Ulrike Neufang (BMSGPK) begrüßt die Mitglieder und fragt, ob es Änderungswünsche oder Ergänzungen der ausgesandten Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung wird, nach Feststellung der Beschlussfähigkeit des Gremiums, einstimmig angenommen.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beim ausgesandten Protokoll der vergangenen Sitzung wurden schriftliche Einwände bereits berücksichtigt. Nachdem es keine weiteren Ergänzungswünsche gibt, wird auch das Protokoll einstimmig angenommen.

TOP 4 Erhebung Freiwilligenengagement

Neufang informiert die Mitglieder des Gremiums zum ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt, dass erste Daten der Freiwilligenerhebung im Rahmen des Mikrozensus der Statistik Austria ja bereits auf freiwilligenweb.at veröffentlicht wurden. Die nun folgende Präsentation der Projektleiterin wird Details zu dieser Erhebung liefern.

Susanne Göttlinger (Statistik Austria) informiert die Mitglieder des Gremiums zunächst über die Eckdaten der Erhebung. Die Befragung wurde von der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz durchgeführt. Die Datenerhebung erfolgte im Rahmen des Mikrozensus im ersten Quartal 2022. Es wurden unterschiedliche Befragungsmodi eingesetzt: CAWI (Computer Assisted Web Interviewing), CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing) und CAPI (Computer Assisted Personal Interviewing). Die Bruttostichprobe umfasste 32.000 Personen ab 15 Jahren. Die Nettostichprobe umfasste 13.013 Personenbefragungen für Gewichtung, Hochrechnung und Analysen. Die Ausschöpfung lag damit bei rund 40,6%.

Die Themen der Freiwilligenerhebung 2022 waren jenen der bisherigen Erhebungen ähnlich, wobei die Erhebung 2006 von der Statistik Austria und die Erhebungen 2012 und 2016 vom Ifes-Institut durchgeführt worden waren. Konkrete Themen waren die formelle Freiwilligentätigkeit in verschiedenen Bereichen (z.B. Katastrophen-, Hilfs- und Rettungsdienste, Religion, Gemeinwesen, Politik), die Anzahl der Vereine pro Themenbereich, die Position der Freiwilligen im Verein bzw. in der Organisation und die Zielgruppen der Tätigkeit.

Erhoben wurden zudem die Frequenz der Tätigkeit und die Anzahl der Stunden je nach genannter Frequenz. Auch die Motive für und gegen freiwilliges Engagement sowie eine frühere Freiwilligentätigkeit und der Themenbereich der beendeten Tätigkeit wurden abgefragt. Auch bei der informellen Freiwilligenarbeit, die in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert erhalten hat (z.B. Hilfe bei Gartenarbeiten, Betreuung von verschiedenen Personengruppen, Amtswege erledigen), wurden Frequenz der Tätigkeit und Anzahl der Stunden je nach genannter Frequenz erhoben.

Im Zeitvergleich zeigt sich, dass die Beteiligungsquoten insgesamt von 44 Prozent (2006) auf 49,4 Prozent (2022) gestiegen sind, wobei der Anteil formeller Freiwilligentätigkeit in diesem Zeitraum von 28 Prozent auf 25,8 Prozent abgenommen und der Anteil informeller Freiwilligentätigkeit von 27 Prozent auf 36,7 Prozent zugenommen hat. Ein Grund dafür liegt für Göttlinger in der Covid-19-Pandemie: Die Vereine waren in ihren Tätigkeiten stark eingeschränkt, vieles habe sich ins Privatleben verlagert. Die Expertin verweist zudem auf methodische Unterschiede der einzelnen Untersuchungen, wie anders formulierte Fragestellungen.

Die Beteiligungsquoten nach Geschlecht zeigen, dass sich Frauen etwas weniger stark (46,5 Prozent) als Männer (52,4 Prozent) freiwillig engagieren. In der formellen Freiwilligentätigkeit sind Männer stärker repräsentiert (30,5 Prozent) als Frauen (21,2 Prozent). In der informellen Freiwilligentätigkeit ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgewogen (Frauen: 36,2 Prozent, Männer: 37,2 Prozent), zeigen die von Göttlinger präsentierten Zahlen.

Mit Blick auf das Alter der Freiwilligen habe sich im Vergleich kaum etwas getan: Die Gruppen mit den höchsten Beteiligungsquoten sind jene zwischen 40 und 49 Jahren (53,1 Prozent) und zwischen 50 und 59 Jahren (55,1 Prozent). Bei der älteren Bevölkerung sei die informelle Beteiligung etwas höher.

Klare Unterschiede zeigen zwischen sich beim Merkmal Bildung: Die Beteiligungsquote von Universitätsabsolvent:innen ist mit 66 Prozent am höchsten, jene von Pflichtschulabsolvent:innen mit 31,5 Prozent am niedrigsten. Das Engagement von Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss fällt im informellen Bereich mit 23,7 Prozent höher aus als im formellen Bereich mit 13,8 Prozent.

Die Differenzierung nach Erwerbsstatus dokumentiert, dass Erwerbstätige die höchsten Beteiligungsquoten haben (54,4 Prozent). Die Ergebnisse der Auswertung nach dem Merkmal Haushaltstyp präsentieren sich laut Göttlinger recht ausgeglichen, allein bei Einpersonenhaushalten ist die Beteiligungsquote mit 45,4 Prozent etwas niedriger.

Die Analyse nach Gemeindegrößen-Klassen zeigt wiederum, dass in Gemeinden mit über 100.000 Einwohner:innen die Beteiligungsquote am geringsten ist (44 Prozent).

Im ländlichen Raum hätten Vereine, wie etwa die Freiwillige Feuerwehr, einen höheren Stellenwert, erklärt die Expertin.

Als beachtlich bezeichnet Göttlinger das Ausmaß des Engagements, das in durchschnittlichen Wochenstunden angegeben wurde: Dieses liegt bei 6,89 Stunden pro Woche, wobei auf informelle Freiwilligentätigkeit 5,96 Stunden und auf formelle Tätigkeit 4,82 Stunden entfallen.

Bei den Motiven für freiwilliges Engagement präsentiert sich folgende Bild: Die wichtigsten Motive sind „Ich möchte damit anderen helfen“ (92,9 Prozent), „Ich habe Freude an der Tätigkeit“ (91,8 Prozent), „Ich möchte etwas Nützliches zum Gemeinwohl beitragen“ (84,0 %), „Ich kann meine Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen“ (75,4 Prozent) und „Ich kann meine Erfahrung teilen“ (74,5 Prozent). Gründe, die selten genannt wurden, sind „Ich hoffe dadurch einen Job zu finden“ (5,5 Prozent) und „Die Tätigkeit hilft mir in meinem Beruf“ (15,6 Prozent).

Die wichtigsten Gründe, keine Freiwilligenarbeit zu leisten, sind laut Freiwilligenerhebung 2022 „Ich bin durch Aufgaben in der Familie ausgelastet“ (67,3 Prozent), „Ich bin niemals gefragt oder gebeten worden“ (66,7 Prozent), „Ich habe nie darüber nachgedacht“ (55,7 Prozent), „Es gibt in der Nähe keine Tätigkeit, die für mich interessant ist“ (44,7 Prozent) und „Ich bin über die Möglichkeiten zu wenig informiert“ (39,4 Prozent). Gründe, die selten genannt wurden, sind „Ich habe schlechte Erfahrungen gemacht“ (5,6 Prozent) und „Ich habe das Gefühl, dass ich keinen Beitrag leisten kann“ (17,7 Prozent).

Mit diesen Daten schließt Göttlinger ihre Präsentation und dankt für die Aufmerksamkeit. Sie verweist auf den ausführlichen Bericht zu den Ergebnissen und den Tabellenband, der online verfügbar ist. Auch im neuen Jugendbericht wird es zum Thema einen Abschnitt geben.

Neufang bedankt sich für die Ergebnisse, die erfreulich sind und gleichzeitig Arbeitsaufträge bedeuten. Der Bericht steht zur Diskussion.

Raphael Koller (Österr. Bundesfeuerwehrverband) möchte wissen, ob auch weiterverarbeitbare Daten zur Verfügung stehen.

Göttlinger bejaht dies: Für weitere Analysen stehen Mikrodaten zur Verfügung.

Karin Hörzing (Österr. Städtebund) möchte wissen, warum Altersgruppen unter 30 nicht ausgewiesen sind.

Göttlinger verweist auf zu niedrige Fallzahlen und auf den Jugendbericht: Dort wird die Zielgruppe unter 30 adressiert.

Gregor Jakob-Feiks (Caritas Austria) möchte wissen, wer in Einpersonenhaushalten lebt. Er geht von jungen Menschen, Singles oder Pensionist:innen aus. Dass diese am wenigsten aktiv sind, sei spannend, nachdem sie ja auch keine Care-Verpflichtungen hätten.

Neufang ergänzt, dass es sich dabei um eine zahlenmäßig steigende Gruppe handelt.

Göttlinger findet spannend, dass Erwerbstätige so stark engagiert sind.

Martin Oberbauer (Interessengemeinschaft Freiwilligenzentren Österreich) hinterfragt die Vergleichbarkeit der Zahlen im Zeitverlauf von 2006 bis 2022 aufgrund unterschiedlicher Zahlen bei den Befragten und unterschiedlicher Untersuchungsinstitute.

Göttlinger stellt klar, dass die Zahlen nicht 1:1 vergleichbar sind. Bei den Untersuchungen seien unterschiedliche Fragen und Befragungsmodi eingesetzt worden. Die Themen seien aber gleichgeblieben.

Neufang bilanziert, dass der Anteil informeller Freiwilligenarbeit über die Jahre deutlich gestiegen sei. Der formelle Bereich habe zwar weiter einen beachtlichen Umgang, gehe aber zurück. Dies decke sich auch mit praktischen Erfahrungen. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt sie den Tagesordnungspunkt. Die Präsentation von Göttlinger wird dem Protokoll beigelegt.

TOP 5 Präsentation des Entwurfs der Freiwilligenstrategie

Neufang erinnert daran, dass im Freiwilligenrat vor einem Jahr eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden ist, die einen Entwurf für eine Freiwilligenstrategie erarbeiten sollte. Die Arbeitsgruppe habe unter reger Beteiligung von Mitgliedern des Gremiums eine detaillierte Bestandsaufnahme vorgenommen sowie Ziele und

Maßnahmen erarbeitet. Die Ergebnisse wird nun Oberbauer in Vertretung des erkrankten Christoph Angster (BMSGPK) präsentieren.

Martin Oberbauer (Interessengemeinschaft Freiwilligenzentren Österreich) berichtet zunächst zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und zum Prozessablauf.

Insgesamt seien in der Arbeitsgruppe 25 Personen aktiv und 19 Organisationen aus dem Freiwilligenrat vertreten gewesen. In insgesamt acht Arbeitsgruppen-Sitzungen habe man sich um ein ambitioniertes Programm und substanzielle Punkte bemüht, um den Freiwilligenbereich weiterzubringen. In einer erweiterten Runde habe man sich zusätzliche Expertise geholt. Der vorliegende Entwurf berücksichtige alle gewonnenen Erkenntnisse.

Als inhaltliche Grundlagen des Entwurfs führt Oberbauer neben den Expertisen der Teilnehmer:innen aus dem Freiwilligenrat die Erhebung „Freiwilliges Engagement in Österreich“ der Statistik Austria, die wissenschaftliche Evaluierung des Bundesgesetzes zur Förderung von freiwilligem Engagement durch das NPO Kompetenzzentrum der WU Wien, den Beteiligungsprozess „Freiwilligenpolitik mitgestalten!“ der Interessensvertretung Gemeinnütziger Organisationen sowie das Dialogforum des Parlaments an. Es sei wichtig gewesen, keine Parallelaktion zu starten, sondern auf diese Grundlagen Bezug zu nehmen.

Inhaltliche Eckpunkte bei der Erarbeitung der Strategie seien Ausgangslage, rechtliche Definition durch das Freiwilligengesetz und Status des freiwilligen Engagements sowie Veränderungsprozesse und Herausforderungen gewesen, auf die man reagieren müsse. Auf dieser Basis seien Mission, Ziele und Maßnahmen entwickelt worden.

Als Herausforderungen, die im Strategieentwurf adressiert werden, nennt Oberbauer die Bevölkerungsentwicklung, die auch das Thema Pflege berührt, aber auch Veränderungen in der Arbeitswelt, womit die Vereinbarkeit von Beruf und Freiwilligenarbeit an Bedeutung gewinnt. Mit Blick auf die Motivlagen bestehe Konsens, dass das Feld der Freiwilligen divers sei. Man müsse mit vielfältigen Motiven rechnen. Ein zusätzlicher Aspekt sei die digitale Transformation. Zudem müsse man sich auch mit der Internationalisierung bzw. Globalisierung im Freiwilligenbereich auseinandersetzen. Krisen seien zudem immer eine Möglichkeit, dass Freiwillige wegbrechen, aber auch neu einsteigen würden.

Insgesamt werde der Freiwilligensektor digitaler, ungebundener, projektorientierter und damit diverser. Mission der Freiwilligenstrategie sei es vor diesem Hintergrund, Beiträge zu leisten, um bereits Erreichtes zu stabilisieren und Lösungsvorschläge für kommende Herausforderungen anzubieten, so Oberbauer. Dabei gilt es laut Entwurf, bedeutende Veränderungen rechtzeitig zu identifizieren und Anpassungsprozesse zielgerichtet zu initiieren, um die Quantität und Qualität des freiwilligen Engagements in Österreich auch in Zukunft abzusichern bzw. dort, wo es notwendig wird, auch ausbauen zu können.

Die drei ausgearbeiteten großen Ziele sind vielfältiges freiwilliges Engagement in Österreich durch zeitgemäße Rahmenbedingungen zu erhalten und auszubauen, Ansehen und Anerkennung der Freiwilligenarbeit zu erhöhen und Beiträge der Freiwilligenarbeit zum Gemeinwohl in den unterschiedlichsten Bereichen zu erleichtern. Zu diesen Zielen habe die Arbeitsgruppe Unterziele formuliert.

Bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen gehe es etwa um die Verbesserung der Strukturen, die Sicherung breiter Zugänglichkeit, Anreize für verschiedene Zielgruppe oder um die Absicherung von freiwilligen Leistungen. Für die bessere Zugänglichkeit sei der Abbau von Barrieren für Engagement wichtig. Vorgeschlagene Maßnahmen seien etwa, die Inklusion älterer Menschen zu sichern, die Diversität der Freiwilligenarbeit zu fördern, Angebote für kurzfristiges Engagement zu unterstützen und Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen zu fördern.

Mit Blick auf die Verbesserung der Strukturen hebt Oberbauer die von Rauch bereits angesprochene Servicestelle sowie die Verankerung von Freiwilligenzentren hervor. Beides komme im Strategieentwurf vor. Als Beispiele für Anreize nennt er die Förderung generationenübergreifender Freiwilligenarbeit, Angebote gegen die Vereinsamung von Jung und Alt sowie die Sensibilisierung auch Arbeitssuchender für die Bedeutung von Freiwilligentätigkeit.

Zum zweiten großen Ziel der Erhöhung von Anerkennung und Ansehen spricht er die Unterziele an, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung und Wirkung von Freiwilligenengagement sichtbar zu machen, formal, non-formal und informell erworbene Kompetenzen zu dokumentieren und anzuerkennen sowie die Weiterentwicklung der öffentlichen Anerkennungskultur für Engagement. Um die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Freiwilligensektors besser sichtbar zu

machen, sei das Monitoring der quantitativen und qualitativen Entwicklung im Freiwilligenbericht wichtig.

Beim dritten großen Anliegen, Beiträge des Freiwilligenengagements zum Gemeinwohl zu erleichtern, hebt Oberbauer das Ziel hervor, Synergien zwischen informellem und formellem Engagement zu fördern. Notwendig dafür sei es, niederschwellige Angebote für kurzfristiges Engagement zu unterstützen und neue Einsatzbereiche, wie etwa *Caring Communities* zu etablieren.

In seiner Präsentation unterstreicht Oberbauer, dass man sich bemüht habe, das Strategiedokument nicht im Konjunktiv zu formulieren. Die darin angeführten Punkte könnten Dynamik in den gesamten Sektor bringen und seien sehr wichtig. Insgesamt umfasst das Papier 31 konkrete Ziele und 72 Maßnahmenvorschläge. Es sei darin einiges gebündelt und zusammengefasst, was unter den Nägeln brenne. Das müsse man nun auf die Reihe bekommen – für die Freiwilligen und die Bereiche, wo diese jetzt und in Zukunft arbeiten, schließt Oberbauer die Präsentation des Strategieentwurfs.

Der Vorsitzende dankt für die Präsentation und die geleistete Grundlagenarbeit. Er will einige Einschätzungen und Einordnungen vornehmen. So hat ihn die Darstellung der Statistik überrascht, dass das Engagement ansteigt. Er selbst habe andere Rückmeldungen erhalten – dass nämlich die Pandemie an der Freiwilligenarbeit gezehrt habe. Die Wichtigkeit des Engagements sei nicht nur mit Blick auf die dadurch möglichen Effizienzgewinne und Kostenersparnisse argumentierbar, sondern auch dadurch, dass Freiwilligenengagement die Grundsolidarität in der Gesellschaft erhöhen helfe. Das werde in Zeiten einer zunehmenden Entsolidarisierung und größeren Drucks durch Krisen unterschätzt. Daher müsse man nachdenken, wie man Strukturen halten und stärken könne.

Der Bundesminister verweist darauf, dass er selbst aus einem Bundesland kommt, in dem Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit immer schon einen hohen Stellenwert hatten. Im Nachbarland Baden-Württemberg habe Ministerpräsident Kretschmann den Freiwilligenbereich sogar zur Chefsache gemacht.

Die Kooperation zwischen formeller und informeller Freiwilligenarbeit sei verbesserbar. Freiwilligenarbeit sei aber nicht gleichbedeutend mit weniger professioneller Arbeit als Erwerbsarbeit. In vielen Organisationen werde

hochprofessionelle Arbeit geleistet, das wolle er in der Strategie auch erwähnt wissen. Ein weiteres Thema für Rauch sind die gestiegenen Herausforderungen im Management von Organisationen – die Bandbreite reiche hier von bürokratischen Vorschriften bis zu Gefahren von Klagen.

Bei der Diskussion auf Regierungsebene und der Implementierung müsse man jedenfalls die Entwicklungen der vergangenen Jahre berücksichtigen und mit allen Stakeholdern zusammenkommen. Diese solle nicht nur Lippenbekenntnis sein, sondern auch klare Ziele umfassen. Am Ende des Tages gehe es auch um die budgetäre Ausstattung. Zu berücksichtigen sei, dass es natürlich nicht eine Vollfinanzierung der Einrichtungen gehen könne.

Stefan Wallner (Bündnis für Gemeinnützigkeit) bedankt sich für die Einordnung und das Anliegen, rechtliche und strategische Rahmenbedingungen zu schaffen. Die bisherigen Krisen wären ohne Freiwilligenorganisationen nicht bewältigbar gewesen. Der dauerhafte Krisenmodus hätte allerdings auch zu einer Erschöpfung von Organisationen geführt. Umso mehr sei es notwendig, auf die Ressourcen des Sektors zu schauen. Wallner verweist insbesondere auf die Steigerung im Energiekostenbereich. Der Energiekostenzuschuss erfasse nur unternehmerisch tätige Organisationen. Man müsse auch die anderen Bereiche abdecken, so sein Appell an die Regierung. Wallner spricht sich dafür aus, das FSJ auf eine neue Ebene zu heben. Dabei gehe es stark um den Genderaspekt. Bei einer Lösung für eine Unfallversicherung dürften die Kosten dafür nicht auf die Träger zukommen, dies müsse öffentlich abgedeckt werden. Der Freiwilligen-Staatspreis sei eine langjährige Forderung. Wallner begrüßt die Umsetzung sehr. Viele würden daraus Energie tanken können. Das sei wichtig, weil die Krisen nicht weniger werden, so Wallner.

Rauch informiert, dass er beim Thema Energiekosten schon mit Bundesminister Kocher im Gespräch sei.

Andreas Hanger (Klub der ÖVP) verweist in seiner Wortmeldung auf Breite und Vielfalt des Freiwilligensektors sowie die unterschiedlichen Zuständigkeiten. Man dürfe Länder und Kommunen nicht außer Acht lassen. In politischen Sonntagsreden betonten alle, wie wichtig das Ehrenamt sei. Das Regierungsprogramm biete eine

gute Grundlage, um substantiell etwas zu bewegen. Trotz vieler Detailfragen ortet Hanger einen Grundkonsens und ein Zeitfenster, in dem man viel bewegen könne.

Karin Hörzing (Österreichischer Städtebund) spricht das Thema Bonifikationen an. Einerseits spreche sich der Strategieentwurf dafür aus, die Altersarmut insbesondere von Frauen zu bekämpfen, andererseits wolle man Jungen für ihr Engagement Gratifikationen anbieten. Sie selbst sei Gratifikationen gegenüber kritisch eingestellt. Aber wenn es Gratifikationen gebe, dann solle es sie unabhängig vom Alter geben.

Neufang verspricht, dieses Thema im Entwurf nochmals zu prüfen. Sie verweist auf das geplante ordentliche Taschengeld für das FSJ. Es dürfe aber keine Diskriminierung älterer Freiwilliger geben.

Oberbauer erklärt, warum junge Menschen im Entwurf entsprechend im Fokus stehen: In der Statistik zeige sich ein Peak der Engagierten im Alter zwischen 60 und 69 Jahren. Vor diesem Hintergrund habe man diskutiert, wie man mehr junge Menschen zu Engagement motivieren könne. Dafür seien bereits Punktesysteme in Anwendung. Es gehe sicher nicht darum, Altersgruppen gegeneinander auszuspielen. Man habe sich mit einer Gruppe beschäftigt, bei der man viel Potenzial sehe.

Elisabeth Marcus (Verein zur Förderung Freiwilliger Sozialer Dienste – FSJ) gefällt es, wenn Freiwilligentätigkeit zur Chefsache gemacht wird. Sie ruft in Erinnerung, dass 66 Prozent der Freiwilligenerhebung angeben, nicht gefragt worden zu sein. In der Pandemie habe man gelernt, gut auf sich zu schauen. Jetzt gehe es darum, auf die Menschen links und rechts neben sich zu schauen. Das FSJ habe dafür viele Potenziale. Sie möchte konkret wissen, ob man das geplante Klimaticket für FSJ-Teilnehmer:innen schon kommunizieren dürfe.

Rauch stellt klar, es sei seine Absicht, dies zu ermöglichen.

Hanger ergänzt, diese Lösung sei mit Blick auf den Zivildienst aus Fairnessgründen naheliegend. Das grundsätzliche Bekenntnis dazu sei da.

Marcus merkt an, dass 80 Prozent der FSJ-Teilnehmenden Frauen sind. Auch die Pensionsbemessungsgrundlage sei beim Zivildienst höher.

Sophie Hammer (Bundesjugendvertretung) stellt zur Frage der Anreize für Jüngere fest, dass es darum gehe, deren Einstieg in den Freiwilligenbereich zu erleichtern. Junge Menschen, die sich früh engagierten, würden das auch später tun.

Neufang will sich die Passage nochmals ansehen. Sie ergänzt, dass es bei Gratifikationen auch um den Freiwilligenpass geht. Dieser sei für Junge sehr wichtig.

Hanger berichtet, dass man sich ja auch mit den Aufwandsersätzen beschäftige. Das Ehrenamt müsse aber Ehrenamt bleiben. Diesen Grundwert gelte es zu erhalten, wenngleich man natürlich an Rädern drehen könne.

Cornelia Bohmann (Kinderfreunde Österreichs) spricht sich für die Beseitigung bürokratischer Hürden und Aufwände für Freiwillige aus. Als Beispiel nennt sie die unterschiedlichen Kosten für Strafregisterauszüge.

Sophia Stanger (Auslandsfreiwilligendienste) stellt zum Verhältnis zwischen formellem und informellem Freiwilligenengagement fest: Sie habe sich als Vertreterin aus dem formellen Bereich in den Prozess gut eingebunden gefühlt. Gleichzeitig sei aber die Hälfte der Engagierten informell engagiert – und daher hier auch nicht vertreten. Sie möchte wissen, wie man auf politischer Ebene deren Bedürfnisse einfangen könne.

Rauch bezeichnet dies als berechtigte Frage. Sie erfordert breite Partizipationsformate.

Neufang verweist auf den breiten Beteiligungsprozess im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluierung des Freiwilligengesetzes. Dieses Experiment habe nicht schlecht funktioniert. Die Ergebnisse bei den Bedürfnissen hätten sich im formellen und informellen Bereich nicht stark unterschieden.

Gerd Bischofter (Österreichische Bundessportorganisation) fordert mit Blick auf die 31 erarbeiteten Punkte, dass es bei der Umsetzung eine Priorisierung brauche. Die vergangenen drei Jahre hätten Gesellschaft und Ehrenamt „durchgebeutelt“. Das formelle Engagement sei gesunken. Es brauche Motivationsanreize. Man müsse den großen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wert des Ehrenamts absichern. Er fordert prioritäre Maßnahmen ein, die Ehrenamtliche auch spürten. Die Wertschätzung durch den Staatspreis und der Freiwilligenpass hätten viel Potenzial.

David Stögmüller (Klub der Grünen) gratuliert Bundesminister Rauch zu seinem Team (Glettler, Neufang, Hörting) zur geleisteten Arbeit. Rückmeldungen aus dem Partizipationsprozess und Bericht seien gute Grundlagen für die Umsetzung. Er hebt die von Rauch erwähnte Anlaufstelle als einen der wichtigsten Punkte hervor. Stögmüller ist froh, wenn es beim Klimaticket für FSJ-Teilnehmer:innen zu einer Einigung kommt. Im Freiwilligenbereich gehe in den letzten drei Jahren etwas weiter, bilanziert der Abgeordnete.

Walter Aichinger (Österreichisches Rotes Kreuz) begrüßt die Strategiearbeit und betont, es werde trotzdem noch eine lange Strecke sein, bis sich alle Organisationen im Papier wiederfinden könnten. Die Politik habe in den letzten Jahren erkannt, dass Krisen ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht zu bewältigen seien. Daher gebe es Überlegungen, wie man Freiwilligenarbeit besser koordinieren könne. Aichinger verweist in seiner Wortmeldung auf die Gefahr einer parteipolitischen Vereinnahmung des Ehrenamts. Dies werde etwa bei Förderungen zum großen Problem. Ehrenamt und Freiwilligenarbeit bräuchten Freiheit und Freiraum, nur dann könnten sie gelingen. Den Freiwilligenpass sieht Aichinger als Normierungsschritt. Man dürfe sich nicht als Organisation einschränken. Insofern sei die Entwicklung von Vorstellungen über die weitere Entwicklung noch ein langer Weg. Den vorliegenden Vorschlag bewertet Aichinger jedenfalls sehr positiv.

Neufang stellt klar, dass es den Freiwilligenpass ja schon lange gebe. Man versuche, Probleme mit der Handysignatur im Sinn einer Entbürokratisierung zu lösen. Angesichts des Wettbewerbs um Freiwillige sei es relevant, dass junge Freiwillige mit dem Pass auch im beruflichen Leben einen Nachweis ihrer Leistungen hätten. Das Ressort versuche, das alles zu erleichtern – und es nicht komplizierter zu machen.

Verena Hlawinka (Jugendumweltplattform – FUJ) betont die Wichtigkeit eines Rahmens für die Freiwilligenarbeit. Im Umweltbereich gebe es eine große Spaltung zwischen den Generationen. Es sei wichtig, dass formelles Engagement niederschwelliger werde. Damit könnten sich Jugendliche in einem sicheren Rahmen engagieren. Legalität und Kooperation seien wichtig, unterstreicht sie.

Neufang merkt an, dass es bei FSJ und FUJ keine Altersgrenzen gibt.

Oberbauer stellt zu Aichingers Kritik klar, man habe sich bemüht, nicht einschränkend, sondern öffnend zu sein. Wenn man etwas wachsen lassen wolle,

brauche es aber einen Rahmen dafür. Man müsse sich in ein paar Jahren sicher wieder ansehen, wie dies wirke. Das Österreichische Rote Kreuz war in der Arbeitsgruppe vertreten.

Rauch resümiert, vieles verändere sich rasch. Bei allen Unterschieden zwischen formellem und informellem Engagement, kleinen und großen Organisationen, gehe es letztlich darum, sich auf Augenhöhe zu begegnen. Idee des Staatspreises sei es, Menschen vor den Vorhang zu holen und ihnen Dank auszusprechen. Dies plane man für den 4. Dezember. Die von Wallner angesprochene Erschöpfung müsse man ernst nehmen. Es gehe darum, Engagierte zu halten, und nicht zu verlieren – und es gehe darum, neue und junge Freiwillige zu gewinnen. Der Vorsitzende bedankt sich nochmals bei allen, die am Strategieprozess beteiligt waren und stellt fest, dass der Entwurf vom Freiwilligenrat angenommen ist.

Neufang dankt ebenfalls für die rege Beteiligung und tritt in den nächsten Tagesordnungspunkt ein.

TOP 6 Bericht Anerkennungsfonds Freiwilligenengagement

Neufang präsentiert dem Gremium den Bericht über den Anerkennungsfonds Freiwilligenengagement und gibt zunächst einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen. Der Fonds ist laut Abschnitt 6 des Freiwilligengesetzes als zusätzliche Fördermöglichkeit konzipiert, um Freiwilligenengagement projektbezogen anzuerkennen und aufzuwerten. Dies gilt insbesondere dort, wo Förderungen aufgrund einer regionalen Ausrichtung von Projekten nicht möglich sind. Ziel des Anerkennungsfonds sind die Förderung der Entwicklung oder tatsächlichen Durchführung von innovativen Maßnahmen, besonderen Aktivitäten oder Initiativen zur nachhaltigen Sicherung des freiwilligen Engagements in Österreich. Die maximale Zuwendungshöhe für juristische Personen beträgt 15.000.- Euro, für natürliche Personen sind dies 1.000.- Euro. 2022 hat es 25 Anträge, 17 Zusagen und drei Absagen geben, weil die Projekte nicht den Kriterien der Richtlinie entsprachen. Fünf Anträge liegen derzeit zur Genehmigung bei Bundesminister. Die beantragte

Summe 2022 betrug 369.221,63.- Euro, die zuerkannte Summe 184.000.- Euro. Die durchschnittliche Zuwendungshöhe lag 2022 bei rund 10.800.- Euro.

Unterstützt wurden zehn große und 15 kleine Vereine. Das Verhältnis zwischen großen und kleinen Vereinen sei - wie in den letzten Jahren - ziemlich ausgeglichen, berichtet Neufang. Mit Blick auf die Verteilung nach Bundesländern ist ein Ost-West-Gefälle ersichtlich. Insbesondere in Wien seien viele Dachverbände ansässig.

Neufang ersucht um Kenntnisnahme des Berichts durch den Österreichischen Freiwilligenrat. Dagegen gibt es keine Einwände. Der Bericht über die Gebarung des Anerkennungsfonds 2022 wird einstimmig an- und damit vom Freiwilligenrat abgenommen.

TOP 7 Allfälliges

Marcus möchte von Bundesminister Rauch dessen gewünschten Zeitplan zur Novelle des Freiwilligengesetzes erfahren.

Rauch will dies so rasch wie möglich umsetzen. Das Klimaticket für FSJ-Teilnehmer:innen soll dann kommuniziert werden, wenn alles finalisiert ist.

Anton Hörting (BMSGPK) lädt alle Mitglieder ein, in ihren Organisationen zur Einsendung von Fotos für den Freiwilligenkalender 2024 aufzurufen. Diese Möglichkeit wurde bisher sehr gut aufgenommen. Für die übermittelten Fotos gibt es bei der nächsten Freiwilligenmesse auch Auszeichnungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt Bundesminister Rauch für die Teilnahme an der Sitzung. Veranstaltungen wie diese würden ihn auch selbst motivieren, am Thema dran zu bleiben. Er schließt die Sitzung um 14.20 Uhr.